

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 29.01.2018

Von Jörg Kronauer

31.01.2018

Trumps neue Freunde

Zuerst wollten die Konzernlenker dem US-Präsidenten beim WEF Paroli bieten. Doch am Ende waren sie von ihm eingenommen – denn er senkt die Steuern



Ein Mann macht sich beliebt: Donald Trump während des World Economic Forums in Davos (26. Januar)

Foto: Gian Ehrenzeller/Keystone via AP

Wieder einmal hat er die Schlagzeilen dominiert: Die größte Aufmerksamkeit auf dem diesjährigen World Economic Forum (WEF) in Davos erhielt kein anderer als US-Präsident Donald Trump. »Davos Man Meets America First«, überschrieb die *New York*

Times einen bissigen Vorabkommentar, der Trumps Auftritt am vergangenen Freitag vor dem WEF-Publikum, der Inkarnation der globalisierten Industrie- und Finanzelite, streitlustig aufs Korn nahm. Die als – vorsichtig formuliert – konfliktrüchtig eingeschätzte Zusammenkunft ging dann aber erstaunlich harmonisch zu Ende. Sei das Publikum zu Beginn noch bereit gewesen, »zuzubeißen«, Trump »auszubuhnen«, ja »zu hassen, was er sagt«, so habe der US-Präsident unerwartet »den Saal mit seiner Rede beruhigt«, berichtete Frederick Kempe, Präsident des bekannten Washingtoner Thinktanks Atlantic Council. Die Zuhörer hätten die Veranstaltung sogar mit dem Gefühl verlassen, »dass sie ihre Ansichten über ihn als Leader überprüfen müssen«, fuhr Kempe fort – eine echte Überraschung.

Dieses Mal fern davon, fremde Länder als »Shitholes« zu beschimpfen oder ihnen mit seinem »viel größeren Atomknopf« zu drohen, hatte Trump den Fokus seiner Rede auf schlichte Standortwerbung gelegt. »Jetzt ist die perfekte Zeit, Ihren Betrieb und Ihre Investitionen in die Vereinigten Staaten zu bringen«, verkündete er in Davos. »Amerika ist der Ort zum Geschäftemachen.« Seine Administration habe nicht nur eine Vielzahl an Vorschriften beseitigt, die der Industrie lästig gewesen seien, prahlte der US-Präsident; sie habe vor allem auch die Unternehmenssteuer von 35 auf 21 Prozent gesenkt. Zudem seien die Energiepreise sehr niedrig.

Trump's Steuerreform hat erhebliche Teile der globalen Wirtschaftselite in der Tat überzeugt – nicht zuletzt deutsche Unternehmen, deren mit Abstand bedeutendster auswärtiger Investitionsstandort die Vereinigten Staaten sind. Der Bestand ihrer US-Investitionen beläuft sich auf mehr als eine Viertelbillion US-Dollar. Die Trumpsche Steuerreform hat für manche von ihnen durchaus Haken und Ösen; so führt sie dazu, dass beispielsweise die Heidelberger Druckmaschinen AG eine Einmalzahlung von rund 25 Millionen Euro, Heidelberg-Cement sogar von gut 200 Millionen Euro leisten muss. Das sind aber eher kleinere Summen im Vergleich zu den gewaltigen Zusatzprofiten, die die Unternehmenssteuersenkung verspricht. Dank ihr hoffen zum Beispiel BMW und Daimler für ihre US-Werke auf einen Gewinnsprung von einer schlappen Milliarde Euro.

Damit lohnt sich für deutsche Unternehmen nun wahrscheinlich sogar die Verlagerung von Produktionsstandorten in die Vereinigten Staaten. »Glückwunsch zu Ihrer Steuerreform«, hatte man etwa Siemens-Chef Josef Käser in Davos bei einem exklusiven Treffen von Trump und den Vorstandsvorsitzenden von insgesamt 15 europäischen Konzernen sagen hören. »Weil Sie so erfolgreich mit der Steuerreform waren, haben wir entschieden, die nächste Generation von Gasturbinen in den Vereinigten Staaten zu

entwickeln«, so der Manager. Wirklich neu war das nicht; der Siemens-Konzern hatte von dem Plan bereits im Herbst berichtet, als er ankündigte, sein Turbinenwerk im sächsischen Görlitz schließen zu wollen. In Davos wurde nun aber deutlich, wie sich das Vorhaben in Trumps Gesamtkonzept fügt: Importe, die bequem sind, letztlich aber die Wirtschaft anderer Staaten – diejenige der Bundesrepublik etwa – fördern und das Land in ein Außenhandelsdefizit treiben, sollen gestoppt werden, notfalls mit Strafzöllen (siehe Seitenspalte); zugleich sollen Anreize wie die Unternehmenssteuersenkung den Aufbau von Industrie in den USA vorantreiben. »Wir müssen unsere wirtschaftliche Stärke wiederherstellen«, heißt es in der Ende 2017 veröffentlichten Nationalen Sicherheitsstrategie der Trump-Administration. Entsprechend hat Trump in Davos mit der ihm eigenen Aufdringlichkeit um Investitionen geworben.

Im Kern ist das nichts Neues. Ihre niedrigen Energiepreise verdanken die USA dem Fracking-Boom, der seine Ursprünge in der Amtszeit von Präsident George W. Bush (2001–2009) hat. Längst sind etwa, wie kürzlich Thomas Bareiß, der Energiebeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im *Handelsblatt* festhielt, »die Strompreise für Stahl- und Aluminiumproduzenten in Deutschland mehr als doppelt so hoch wie in den USA«. Bareiß wies ferner darauf hin, dass die Vereinigten Staaten auch in Sachen Digitalisierung die Nase weit vorn hätten und zudem »die Anziehungskraft amerikanischer Elite-Universitäten ungebrochen« sei. Spätestens unter Barack Obama hat denn auch die Reindustrialisierung des Landes begonnen, die Trump nun in solidem Holzhammerstil forciert. Mit der Steuerreform ist die Grundlage gelegt. Die Äußerungen von Siemens-Chef Käser in Davos zeigen: Der Plan könnte funktionieren. Insofern konnte Donald Trump es sich auf dem WEF leisten, vollmundig zu tönen: »Amerika zuerst bedeutet nicht Amerika allein.« Mit Blick auf etwaige Investitionen in den Vereinigten Staaten bot er großmütig »Amerikas Freundschaft und Partnerschaft« an.

Freilich bringt Trump mit dem Abwerben von Industrie die Bundesregierung in die Bredouille. Die Vereinigten Staaten sind schließlich, so hat Bareiß es kurz vor dem WEF formuliert, »Gegenspieler im globalen Standortwettbewerb«. Daraus folge für Berlin, schrieb Bareiß, die angestrebte Koalition von Union und SPD müsse um jeden Preis »den Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit legen«. Eine »Reform des Arbeitszeitgesetzes« solle »für mehr Flexibilität sorgen«, die Lohnnebenkosten müssten »dauerhaft unter der 40-Prozent-Marke bleiben«. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich jetzt in Davos ganz in diesem Sinne geäußert. So forderte sie, die EU müsse ein eigenes »wettbewerbsfähiges Steuersystem« schaffen, um Investitionen in Europa zu sichern; sie hoffe, dies könne rasch

in einer gemeinsamen Initiative mit Frankreich gelingen. Das diesjährige WEF hat es damit also bestätigt: Zwischen den USA und der EU hat das Rennen um eine möglichst weitreichende Senkung der Lohn- und Sozialstandards neuen Schwung aufgenommen.